

**Niederschrift über die 42. Sitzung des Ausschusses für Umwelt,  
Planen und Bauen am 13.05.2009, 16:00 Uhr, Großer Sitzungssaal,  
Markt 8, 48653 Coesfeld**

**Anwesenheitsverzeichnis**

		Bemerkung
<b>Vorsitz</b>		
Herr Norbert Frieling	CDU	
<b>stimmberechtigte Mitglieder</b>		
Herr Hans-Theo Büker	Pro Coesfeld	
Herr Heinz Kramer	Pro Coesfeld	
Frau Hannelore Leimkühler-Bauland	CDU	
Herr Hermann-Josef Peters	Pro Coesfeld	
Herr Michael Quiel	CDU	
Herr Klaus Schneider	Aktiv für Coesfeld	bis TOP 4 ö. S., 18.40 Uhr
Herr Thomas Stallmeyer	SPD	
Herr Diedrich vor der Brüggen	Pro Coesfeld	bis TOP 11 ö. S., 19.40 Uhr
Frau Inge Walfort	SPD	Vertretung
Herr Augustinus Weiling	Pro Coesfeld	Vertretung für Dr. Kirstein
Frau Margret Woltering	Aktiv für Coesfeld	Vertretung für Marita Gerdemann, bis TOP 12 ö. S., 19.45 Uhr
<b>beratende Mitglieder</b>		
Frau Charlotte Ahrendt-Prinz	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dietmar Senger	FDP	bis TOP 10 ö. S., 19.30 Uhr
<b>Verwaltung</b>		
Herr Thomas Backes	I. Beigeordneter	
Herr Uwe Dickmanns	FBL 70	
Herr Rolf Hackling	Leiter des Abwasserwerkes der Stadt Coesfeld	bis TOP 3 ö. S.
Herr Holger Ludorf	FB 60	bis TOP 2 ö. S.
Frau Eike Schwering	FB 60	

Schriftführung: Frau Eike Schwering

Herr Norbert Frieling eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 20:15 Uhr.

## **Tagesordnung:**

### **Öffentliche Sitzung**

1. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
2. Sachstandsbericht zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinien für NRW  
Vorlage: 097/2009
3. Straßenbeleuchtung - Sachstandsbericht zur Erstellung eines Beleuchtungskonzeptes /  
Vorstellung des Ist-Zustandes der Straßenbeleuchtung der Stadt Coesfeld  
Vorlage: 098/2009
4. Mobilfunkversorgungskonzept  
Antrag Bündnis 90/Die Grünen  
Vorlage: 092/2009
5. Alleinradweg nördliches Münsterland Rheine - Coesfeld  
Vorlage: 076/2009
6. Bebauungsplan Nr. 85a "Dülmener Straße"  
-Konzept für die Nutzung einer Teilfläche  
Vorlage: 087/2009
7. Bebauungsplan Nr. 80 "Gewerbegebiet Südwest I" / 1. Änderung  
-Bericht und Beschlüsse zur frühzeitigen Beteiligung  
-Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
-Beschluss zur öffentlichen Auslegung  
Vorlage: 088/2009
8. 1. Quartalsbericht zum Stand der städtebaulichen Planungen im Rahmen der  
Prioritätenliste  
Vorlage: 089/2009
9. Realisierungsstand der Maßnahmen zum 1. Quartal 2009  
Vorlage: 095/2009
10. Antrag der FDP-Fraktion: Anbindung der Beguinenstraße an Bernhard-von-Galen-Straße  
/ Münsterstraße  
Vorlage: 096/2009
11. Antrag der freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e.V. zur Ersatzbeschaffung eines  
Kinderspielgerätes auf dem Kinderspielplatz Schürmann´s Hof / Sportzentrum Süd  
Vorlage: 102/2009
12. Anfragen

### **Nicht öffentliche Sitzung**

1. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
2. Unterhaltsreinigung

Vorlage: 094/2009

3. Wohnen am Kulturquartier Osterwicker Straße  
Vorlage: 090/2009
4. Nahversorgungsgrundstück im Baugebiet "Nord-West", De Bilt Allee  
Vorlage: 091/2009
5. Gewerbepark Flamschen - Wertermittlung  
Vorlage: 093/2009
6. Anfragen

Zu Beginn der öffentlichen Sitzung beantragt Frau Ahrendt-Prinz für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Antrag Ihrer Fraktion zum Mobilfunk und ggf. auch die anderen Fraktionsanträge vorzuziehen. Es besteht Einvernehmen, den TOP 9 nach Punkt 3 zu beraten.

## **Erledigung der Tagesordnung:**

### **Öffentliche Sitzung**

#### **TOP 1                    Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung**

Herr Dickmanns berichtet, dass der Landesbetrieb Straßenbau NRW und die Straßenbaubehörde des Kreises Coesfeld in den Sommerferien folgende Straßenbaumaßnahmen durchführen werden:

1. Deckenerneuerung B 474 Coesfeld – Holtwick. Die Maßnahme hat eine weiträumige Umleitung zur Folge.
2. Deckenerneuerung B 525/B 474 ab Firma Humana bis zur Kreuzung Loburger Straße.
3. Fahrbahn- und Radwegsanierung K 46 von AutoASSE bis ca. Altstandort der Firma Knubel.
4. Deckensanierung Dülmener Straße vom Kreuzungsbereich B 525/Letter Bülten bis hinter den Einmündungsbereich Otterkamp.

Weiterhin teilt Herr Dickmanns mit, dass mit den Nachbarn des Kinderspielplatzes „An der Klinken“ weitere Gespräche geführt werden. Insbesondere sei ein neu zugezogener Nachbar besonders engagiert. Der Ausschuss erhalte nach Abschluss der Gespräche weitere Informationen.

Herr Ludorf informiert über den bundesweiten Städtewettbewerb „Stadtradeln“. Es handele sich um eine vom Klima-Bündnis als Beitrag zur Europäischen Mobilitätswoche vom 16. bis 22.09.2009 entwickelte Aktion, die als Imagekampagne zur Förderung des Radverkehrs vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung finanziert werde. Zur Information erhalten die Ausschussmitglieder einen Flyer mit der Bitte um Rückmeldung innerhalb der nächsten zwei Wochen, ob Interesse an einer Teilnahme besteht.

Herr Backes gibt einen Sachstandsbericht zum Haltepunkt Lette. Abweichend von der vorgesehenen mobilen Rampe wurde eine Variante in Form einer Teilaufhöhung des Bahnsteiges entwickelt. Derzeit laufe das Prüfungsverfahren. Anschließend werde die Planung dem Eisenbahnbundesamt vorgelegt. Die Bahn habe bestätigt, dass die Maßnahme nach Prüfung durch das Eisenbahnbundesamt relativ zügig verwirklicht werden könne.

Weiterhin informiert Herr Backes den Ausschuss über die Angelegenheit Lärmschutzwall Goxel. Der Petitionsausschuss des Landes hatte den Landesbetrieb und die Stadt aufgefordert, mit den Nachbarn eine Lösung zur Verbesserung des Walls umzusetzen. Grundlage des Beschlusses war, dass sich alle Beteiligten bewegen müssen. Der Landesbetrieb hat die von ihm erwarteten Mittel bereitgestellt, die Stadt könne Bodenmengen aus Baumaßnahmen des Abwasserwerkes zur Verfügung stellen, so dass zusätzliche Maßnahmen nicht erforderlich werden. Die auf dem Wall wachsenden Bäume und Sträucher wurden in Eigenleistung durch die Nachbarn auf den Stock gesetzt. Detailabstimmungen vor Ort hätten ergeben, dass der Wall nicht nur erhöht, sondern auch

ergänzt werden müsse. Hierzu sei noch Grunderwerb erforderlich. Die Angelegenheit werde in den Juni-Sitzungen im Hauptausschuss und Rat vorgelegt.

**TOP 2** **Sachstandsbericht zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinien für NRW**  
**Vorlage: 097/2009**

Herr Hackling informiert den Ausschuss ausführlich über die Ziele und die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinien. Herr Backes ergänzt, dass sich eine interessante Perspektive für die REGIONALE 2016 ergeben könnte. Die vorgesehene Förderung von 80 % sei hier ein wichtiger Aspekt. Allerdings machten die Maßnahmen nur Sinn, wenn diese von allen Beteiligten gewollt seien.

In der ausführlichen Diskussion ist Herr Peters für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. der Auffassung, dass durch das Trittsteinprinzip auch ökologische Zonen geschaffen werden könnten und das Programm auch für Maßnahmen zur Verbesserung des Berkelverlaufs in der Innenstadt genutzt werden sollte. Die Aufstellung des Abwasserwerks in Bezug auf Fischaufstiege bzw. Treppen sei insofern nicht vollständig. Im Übrigen sei die Maßnahme Stauanlage Wöstmann bereits geklärt. Auf Nachfrage, welche Maßnahmen zuerst umgesetzt werden sollen, erklärt Herr Hackling, dass verschiedene Varianten betrachtet und Machbarkeitsstudien entwickelt wurden. Da der Berkelverlauf in der Innenstadt baulich stark eingeschränkt ist, sei es naheliegend, den Bereich der Umflut, die in weiten Bereichen noch einen natürlichen Verlauf aufweise, weiter zu verbessern. Herr Backes betont, dass die Maßnahmen in der kommenden Projektphase noch ermittelt werden müssen. Von daher seien die Listen unvollständig.

Frau Ahrendt-Prinz regt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an, Ausgleichsmaßnahmen, die dem Ökokonto gutgeschrieben würden, auch für ökologische Verbesserungen an der Berkel in der Innenstadt einzusetzen. Hierzu erläutert Herr Backes, dass grundsätzlich ausgeglichen werden müsse, was durch Eingriffe gestört wurde. Ein großer Vorteil der Wasserrahmenrichtlinie liege darin, losgelöst von Einzelprojekten Maßnahmen dort umzusetzen, wo ökologisch der größere Nutzen erzielt werden könne. Als nächster Schritt sei die Definition von Maßnahmen geplant. Hierzu entgegnet Herr Peters von der Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V., dass ein klarer Auftrag an die Verwaltung gegeben wurde, immer in unmittelbarer Nähe des Eingriffs auszugleichen. Herr Stallmeyer ergänzt für die SPD-Fraktion, dass nicht nur Ökologie sondern auch der Gewässerschutz im Rahmen des Städtebaus seit vielen Jahren Thema im Ausschuss sei. Im Zusammenhang mit den Planungen zum Postgelände gab es ein Konzept, die Berkel wieder sichtbar zu machen. Eine ökologische Verbesserung sei ein wichtiger Nebeneffekt.

**TOP 3** **Straßenbeleuchtung - Sachstandsbericht zur Erstellung eines Beleuchtungskonzeptes / Vorstellung des Ist-Zustandes der Straßenbeleuchtung der Stadt Coesfeld**  
**Vorlage: 098/2009**

Herr Dickmanns gibt einen umfangreichen Sachstandsbericht. Er erläutert zunächst die Einzelheiten der Ermittlung des Ist-Zustandes. Die Stadt verfüge über eine Beleuchtungsanlage mit rd. 4.700 Laternen verschiedenen Typs und Leuchten von 20 unterschiedlichen Herstellern. Der überwiegende Teil stamme aus den 1960er Jahren. Ein Großteil der Straßenbeleuchtungsanlagen sei aufgrund des Alters, des Zustandes und unwirtschaftlicher Leuchtmittel sanierungsbedürftig. Bereits im Rahmen der Ermittlung des

Ist-Zustandes wurden stark verrottete Leuchten und Masten ausgewechselt sowie teilweise Seilüberspannungen entfernt und durch neue Lampen ersetzt. Geprüft wurden auch die zur Gesamtanlage gehörenden Schaltstellen, die Schaltkreise und Leitungslängen. Aus den Erkenntnissen des Ist-Zustandes habe sich gezeigt, dass das Netz erheblich verbessert werden könne. Im Jahr 2008 wurden für die Straßenbeleuchtung 1,6 Mio. kWh Strom verbraucht. Die Gesamtkosten beliefen sich auf rd. 495.000 €; der Ansatz für 2009 liege bei 570.000 €. Die Aufwendungen je Bürger betragen im Jahr 2008 ca. 13 €. Statistisch gesehen liege die Stadt Coesfeld mit diesen Werten im Vergleich zum Bundesdurchschnitt und der vergleichbar gelagerten Stadt Soest in einem ähnlichen Rahmen.

Einsparungen seien bei den Investitionskosten durch eine lichttechnisch optimierte und zukunftsorientierte Planung und die Verwendung standardisierter Bauteile möglich. Eine Senkung der Betriebskosten könne z. B. durch regelmäßige Kontrollen, Einsatz von Lampen mit langer Lebensdauer, exakt geschaltete Ein- und Ausschaltzeitpunkte und Beleuchtungsreduzierung in verkehrsarmen Zeiten erzielt werden. Eine Umrüstung von rd. 2.200 sanierungsbedürftigen Leuchten erfordere Investitionen von rd. 650.000 €. Nach abgeschlossener Sanierung ergebe sich eine Energieeinsparung von ca. 0,5 Mio. kWh jährlich. Die Energie- und Betriebskosteneinsparung werde sich auf rd. 100.000 € pro Jahr belaufen, die jährliche CO<sub>2</sub>-Reduzierung auf ca. 300 Tonnen. Herr Schmidt stellt beispielhaft Planungen für den Markt und die Osterwicker Straße vor. Er erläutert, dass es heute noch nicht sinnvoll sei, LED-Technik flächendeckend einzusetzen. Im Rahmen eines Pilotprojektes könnte dies aber geschehen.

Abschließend berichtet Herr Dickmanns, dass auf der Grundlage der vorgestellten Ergebnisse, des zu erarbeitenden Leistungsverzeichnisses und eines angemessenen Angebotes mit den Stadtwerken ein Straßenbeleuchtungs-/Lichtliefervertrag geschlossen werden solle.

In der ausführlichen Diskussion spricht sich Herr Peters für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. gegen ein Inhouse-Geschäft mit den Stadtwerken aus. Er ist der Auffassung, dass nur durch eine Ausschreibung Vergleichsmöglichkeiten zu bekommen seien. Auch sei die angedachte Laufzeit von 10 Jahren viel zu lang. Darüber hinaus erfordere eine Änderung der Marktplatzbeleuchtung ein Gesamtkonzept. Herr Backes verweist in diesem Zusammenhang auf die Beschlusslage. Bereits 2007 wurde festgelegt, dass von den Stadtwerken nach Erstellung des jetzt vorliegenden Beleuchtungskonzeptes ein Vertrag angeboten werden solle. Ein Beschluss zur alternativen Ausschreibung wurde ebenfalls gefasst. Das Konzept biete im Übrigen keine Detailplanung für den Marktplatz, sondern zeige lediglich auf, dass man durch eine Abweichung vom bisherigen System eine bessere Beleuchtung erziele. Gestalterische Fragen waren nicht die Aufgabenstellung.

Herr Stallmeyer weist darauf hin, dass heute kein Beschluss über eine Vergabe an die Stadtwerke gefasst werde. Heute gehe es um die planerische Vorbereitung für die Beratungen im Hauptausschuss bzw. Rat. Wenn durch eine Änderung der Beleuchtung auf dem Markt eine Verbesserung erzielt werden könne, sollte dies unabhängig von einem Gesamtkonzept umgesetzt werden. Herr Senger ist für die FDP-Fraktion ebenfalls der Meinung, dass eine Laufzeit von 10 Jahren zu lang sei. Bei Vorlage eines wirtschaftlichen Angebotes sollte die Laufzeit 5 Jahre nicht überschreiten. Frau Ahrendt-Prinz ist der Auffassung, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Auffassung, dass es aufgrund des vorgestellten Zahlenmaterials sinnvoll sei, das Konzept auf den Weg zu bringen. Für Frau Leimkühler-Bauland von der CDU-Fraktion zeigt der Sachstandsbericht, wie wichtig es war, die Untersuchung durchzuführen. Die Umsetzung des Konzeptes sei von der Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel im Rahmen der Haushaltsplanberatungen abhängig.

Herr Schneider äußert für die Fraktion Aktiv für Coesfeld den Eindruck, dass im Ausschuss große Bedenken gegen eine Vergabe an die Stadtwerke bestehen. Er weist deutlich darauf hin, dass die Stadtwerke Coesfeld sich dem Wettbewerb stellen werden.

Zum Abschluss der Diskussion erhalten die Ausschussmitglieder eine Zusammenfassung – Lichtmasterplan – zur Optimierung der Straßenbeleuchtung in der Stadt Coesfeld.

**Anmerkung:**

*Der ausgehändigte Lichtmasterplan enthält auf Seite 9 Schreibfehler. Die Ausschussmitglieder erhalten mit dem Protokoll eine korrigierte Seite 9 mit der Bitte um Austausch.*

<b>TOP 4</b>	<b>Mobilfunkversorgungskonzept Antrag Bündnis 90/Die Grünen Vorlage: 092/2009</b>
--------------	---

Ergänzend zur Sitzungsvorlage erläutert Herr Backes noch einmal ausführlich die Rechtslage und die aktuelle Situation in Coesfeld. Um mehr Transparenz in den Abstimmungsprozess zu bringen habe die Verwaltung in der Vorlage vorgeschlagen, den Informationsfluss unter Nutzung der städtischen Medien zu verbessern.

Anschließend erläutert Frau Ahrendt-Prinz den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie führt aus, dass die Angelegenheit nicht verharmlost werden dürfe. Nach einem Urteil des Bayrischen Gerichtshofes aus 2007, das als bahnbrechend und wegweisend gelte, hätten Kommunen durchaus die Möglichkeit für eine vorsorgende Bauleitplanung, um Standorte von Mobilfunksendeanlagen so auswählen zu können, dass Wohngebiete geringer belastet werden als dies nach den Grenzwerten der 26. BImSchV zulässig wäre. Darüber hinaus wären im Internet umfangreiche Studien veröffentlicht, die vor Gesundheitsgefährdungen durch Strahlung warnen. Auch gebe es in vielen süddeutschen Städten Konzepte. Sie sei betroffen, wie viele Anlagen in Coesfeld ohne Information der Bevölkerung bereits aufgestellt wurden. Entgegen der Auffassung der Verwaltung sei sie der Meinung, dass hinsichtlich der Anzahl der Anlagen das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht sei. Niemand könne zurzeit die Gesundheitsschäden durch Mobilfunkanlagen beurteilen.

Zu Beginn der Diskussion gibt Frau Leimkühler-Bauland für die CDU folgende Stellungnahme ab:

*„Die CDU im Rat der Stadt Coesfeld lehnt sowohl den Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, als auch den Vorschlag der Verwaltung in ihrer jeweiligen strikten Form ab.*

*Die grundsätzliche Zielsetzung, eine Mobilfunkversorgung für die Einwohner der Stadt Coesfeld zu gewährleisten, die den Wunsch nach einer flächendeckenden Versorgung durch zuverlässige Mobilfunknetze einerseits und andererseits den Wunsch nach größtmöglicher Vorsorge vor evtl. Gesundheitsgefahren berücksichtigt, wird ausdrücklich unterstützt.*

*In der Stadt Coesfeld ist die Standortplanung für solche Sendeanlagen bereits sehr weit fortgeschritten. Von den vier großen Mobilfunkanbietern sind lediglich fünf zusätzliche Standorte geplant und bereits bekannt. Die sonstigen Planungen der Anbieter konzentrieren sich auf eine Umrüstung der vorhandenen Standorte und die sog. UMTS-Technik.*

*Die Aufstellung eines umfassenden Mobilfunkversorgungskonzeptes, in dem vorrangig die Feldverteilung festgelegt wird, ist daher für die Stadt Coesfeld zum jetzigen Zeitpunkt nicht verhältnismäßig. Dennoch sollen aus dem bisherigen Verwaltungshandeln für die Zulassung von Sendeanlagen unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen und der obergerichtlichen Rechtssprechung einige Grundsätze abgeleitet werden. Deshalb beantragt die CDU über die folgenden Grundsätze zu beschließen:*

1. *Sämtliche Standorte für Sendeanlagen müssen den Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse entsprechen.*
2. *Die Versorgung mit Sendeanlagen im Coesfelder Stadtgebiet hat so zu erfolgen, dass das Stadtbild möglichst wenig gestört wird.*
3. *Für die Umstellung auf die UMTS-Technik sind grundsätzlich zunächst die bestehenden Mobilfunksendeanlagen zu untersuchen.*
4. *Die Standorte der Sendeanlagen müssen eine flächendeckende Versorgung durch die Mobilfunknetze gewährleisten.*
5. *Die Verwaltung veröffentlicht den mit den Sitzungsunterlagen vorgelegten Übersichtsplan mit den vorhandenen und geplanten Standorten der Mobilfunksendeanlagen im Internet. Die Karte ist bei Veränderungen fortzuschreiben. Hierzu erfolgt ein frühzeitiger Hinweis für die Einwohner der Stadt Coesfeld.*

*Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schreibt selbst in ihrem Antrag vom 15.01.2009: „Die rechtlichen Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen in Bezug auf Mobilfunksendeanlagen sind gering“. Dieses Faktum können wir auch hier in diesem Ausschuss nicht ignorieren, auch nicht ein Urteil des OVG Münster vom 09.01.2009 mit dem Tenor: Es liegen derzeit keine gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Gefahren von Mobilfunkanlagen vor, die das derzeitige Schutzniveau gemäß der 26. Bundesimmissionsschutzverordnung als unzureichend erscheinen lassen. Daher sollten wir, wie von der CDU-Fraktion vorgeschlagen, verfahren.“*

Herr Stallmeyer kann für die SPD-Fraktion weder dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch dem der CDU-Fraktion zustimmen. Es gebe seit 20 Jahren Mobilfunk. Durch einen nicht optimalen Standort für einen Mast werde nun eine emotionale Diskussion geführt. Alle Standorte in Coesfeld seien hinreichend sichtbar und daher bekannt. Nach derzeitigen Erkenntnissen gehe von den Mobilfunkmasten keine Gesundheitsgefährdung aus, wenn alle notwendigen Voraussetzungen erfüllt werden. Alle Standorte seien juristisch abgesichert, der Spielraum der Kommunen gehe gegen Null. Man solle aus den Fehlern lernen und die Standorte veröffentlichen. Die Punkte 1 und 2 des CDU-Antrages seien geklärt, Punkt 3 sei Aufgabe der Betreiber. Mobilfunk müsse für Bürger und Industrie angeboten werden.

Herr Peters verweist für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. auf die gesetzlichen Vorgaben und die Rechtsprechung. Der Plan sollte veröffentlicht und fortgeschrieben werden. Er regt an, Änderungen im Newsletter der Stadt Coesfeld mit Bekanntwerden zu veröffentlichen.

Herr Schneider hält für die Fraktion Aktiv für Coesfeld den Weg der verstärkten Kommunikation ebenfalls für richtig. In Goxel seien die Probleme aufgrund mangelnder Kommunikation entstanden.

Nach weiterer Diskussion schlägt der Ausschussvorsitzende einen Kompromiss aus dem Beschlussvorschlag der Verwaltung, Punkt 5 des CDU-Antrages und der in der Diskussion angeregten Veröffentlichung im Newsletter vor. Er lässt zunächst über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen. Anschließend erfolgt die Abstimmung über den Kompromissvorschlag.

#### **Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:**

Das Thema Mobilfunk gewinnt in vielen Kommunen zunehmend an Bedeutung. Auf der einen Seite muss ein Gemeindegebiet über ein funktionierendes Mobilfunknetz verfügen, damit die heimische Wirtschaft und die Bürger die Kommunikationstechniken nutzen können. Andererseits erwartet die Bevölkerung einen Schutz vor möglicherweise mit der Mobilfunktechnik verbundenen Gesundheitsgefahren.

Wir wollen, dass die politischen Gremien der Stadt Coesfeld hierzu ein Mobilfunkversorgungskonzept verabschieden, das dem Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach der größtmöglichen Vorsorge vor den Gesundheitsgefahren durch elektromagnetische hochfrequente Strahlung nachkommt, gleichzeitig aber auch den Erfordernissen der überörtlichen Netzplanung der Mobilfunkbetreiber Rechnung trägt. Im Kern geht es darum, eine Standortplanung zu entwickeln, die eine Minimierung der Mobilfunkbelastung erreicht.

**Beschlussvorschlag:**

Es wird beschlossen, kein Mobilfunkversorgungskonzept für das Gebiet der Stadt Coesfeld aufzustellen, über neue Erkenntnisse aber regelmäßig im Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen zu berichten. Die Verwaltung veröffentlicht den mit den Sitzungsunterlagen vorgelegten Übersichtsplan mit den vorhandenen und geplanten Standorten der Mobilfunksendeanlagen im Internet. Die Karte ist bei Veränderungen fortzuschreiben. Hierzu erfolgt ein frühzeitiger Hinweis für die Einwohner der Stadt Coesfeld, insbesondere im Rahmen des sog. Newsletters der Stadt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
Beschluss 1 (Antrag der Fraktion Bündnis 90/die Grünen)	0	7	4
Beschluss 2	11	0	0

**TOP 5**

**Alleenradweg nördliches Münsterland Rheine - Coesfeld  
Vorlage: 076/2009**

In der Diskussion sehen die Vertreter der Fraktionen in der Maßnahme einen wichtigen Meilenstein für den Radtourismus in der Region. Die an der Realisierung des Radweges beteiligten Gemeinden sollten auf die Stadt Billerbeck einwirken, sich ebenfalls an der Maßnahme zu beteiligen, zumal nur dann eine vergleichbar hohe Förderung gewährleistet ist. Es besteht Einvernehmen, über die Beschlussvorschläge en bloc abzustimmen.

**Beschlussvorschlag 1:**

Der Rat der Stadt Coesfeld stimmt der Trassenführung des Alleinradweges Rheine – Coesfeld für das Teilstück auf Coesfelder Stadtgebiet in der vorgestellten Form zu. Diese Trasse soll gleichzeitig die künftige Trasse des „Berkelradweges“ werden.

**Beschlussvorschlag 2:**

Der Rat der Stadt Coesfeld stimmt als wichtigem interkommunalem touristischen Entwicklungsprojekt dem Bau des Alleinradweges Rheine – Coesfeld für das Teilstück auf Coesfelder Stadtgebiet als wichtigem interkommunalem touristischen Entwicklungsprojekt vorbehaltlich einer Förderung durch das Land NRW und der NRW-Stiftung und der Bereitstellung der notwendigen Eigenmittel im Rahmen der Haushalte kommender Jahre in der vorgestellten Form zu. Die Zustimmung gilt nur für den Fall, dass der Bau des Radweges auf dem Stadtgebiet Billerbeck zustande kommt und somit eine geschlossene Wegeführung zwischen Rheine und Coesfeld realisiert werden kann.

**Beschlussvorschlag 3:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Aufnahme der Maßnahme in das Alleinradwegeprogramm (Finanzierung nach dem Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (GVFG)) zu beantragen.

**Beschlussvorschlag 4:**

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Ausstattungsgegenstände, die nicht Gegenstand der Förderung nach dem GVFG sind, einen Antrag auf Förderung durch die NRW-Stiftung zu stellen.

**Beschlussvorschlag 5:**

Die Verwaltung wird beauftragt mit der Stadt Billerbeck Gespräche mit dem Ziel einer Realisierung des Alleenradweges auf Billerbecker Gebiet zu führen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
Beschlüsse 1 bis 5	11	0	0

**TOP 6** **Bebauungsplan Nr. 85a "Dülmener Straße"**  
**-Konzept für die Nutzung einer Teilfläche**  
**Vorlage: 087/2009**

Ergänzend zur Sitzungsvorlage weist Herr Backes darauf hin, dass für die Bereiche Einzelhandel und Vergnügungsstätten Steuerungsmöglichkeiten durch Bauleitplanung gegeben seien. Der Bereich „Bowling“ gehöre zu den Gewerbetrieben.

In der Diskussion besteht Einigkeit, an den Vorgaben des Rahmenplanes Dülmener Straße festzuhalten. Die Ansiedlung einer Spielhalle wird von allen Fraktionen negativ gesehen. Die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. befürchtet in Bezug auf die Ansiedlung eines Bowling-Centers einen Verdrängungswettbewerb für die Anlage in Lette. Hierzu stellt Herr Backes jedoch klar, dass wettbewerbliche Überlegungen bei der planungsrechtlichen Steuerung nicht berücksichtigt werden dürfen.

**TOP 7** **Bebauungsplan Nr. 80 "Gewerbegebiet Südwest I" / 1. Änderung**  
**-Bericht und Beschlüsse zur frühzeitigen Beteiligung**  
**-Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger**  
**öffentlicher Belange**  
**-Beschluss zur öffentlichen Auslegung**  
**Vorlage: 088/2009**

In der ausführlichen Diskussion weist Herr Peters für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. darauf hin, dass der vorgesehene Standort im rechtskräftigen Bebauungsplan als Ausgleichsfläche vorgesehen war. Wenn diese Vorgabe erfüllt worden wäre, wäre jetzt eine ökologisch hochwertige Fläche vorhanden. Die Ausgleichsfläche hätte bereits bei der Aufstellung des Bebauungsplanes und nicht erst bei der Durchführung von Baumaßnahmen angelegt werden müssen. Vielmehr wurde die Fläche jahrelang als Lagerfläche des Bauhofes genutzt. Hier handele es sich um einen Verstoß gegen geltendes Recht und ein Versäumnis der Verwaltung. Außerdem sei bei der Baumaßnahme mit schwierigen Bodenverhältnissen zu rechnen. Er schlägt vor, dem Tanzsportzentrum ein vorhandenes Gebäude, z. B. die alte Güterabfertigung, anzubieten.

Herr Backes verweist hierzu auf den Umweltbericht zur Änderung des Bebauungsplanes. Der Bearbeiter habe in Abstimmung mit dem Kreis und der Stadt eine Abwägung - Stand Aufstellung des Bebauungsplanes ./.. Stand heute - erstellt. Ein Erfordernis zum Ausgleich

sei bislang nicht gegeben gewesen, da große Bereiche des Plangebietes bis heute landwirtschaftlich genutzt werden. Im Übrigen sei der Bebauungsplan zu einer Zeit entstanden, in der es noch keine Berechnungsverfahren gab. Der Tanzsportverein habe alle zur Verfügung stehenden Gebäude, auch die Güterabfertigung, geprüft. Die Gebäude seien für die Zwecke des Vereins nicht geeignet. Die jetzt zur Bebauung anstehende Fläche wurde vom Verein genau untersucht.

**Beschlussvorschlag 1:**

Das Protokoll der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit vom 30.03.2009 wird zur Kenntnis genommen. Die Niederschrift über den Erörterungstermin ist der Einladung als Anlage beigefügt.

**Beschlussvorschlag 2:**

Es wird beschlossen die Hinweise des Kreises Coesfeld zur Kenntnis zu nehmen und die Anregungen des Fachdienstes Immissionsschutz zu berücksichtigen. Die Stellungnahme ist als Anlage beigefügt.

**Beschlussvorschlag 3:**

Es wird beschlossen die Hinweise der Stadtwerke Coesfeld GmbH zur Kenntnis zu nehmen. Die Stellungnahme ist der Einladung als Anlage beigefügt.

**Beschlussvorschlag 4:**

Es wird beschlossen die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit den vorliegenden Unterlagen gem. § 4 Baugesetzbuch (BauGB) zu beteiligen.

**Beschlussvorschlag 5:**

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 80 „Gewerbegebiet Südwest I“ / 1. Änderung und der Entwurf der Begründung werden beschlossen. Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 BauGB ist durchzuführen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
Beschluss 1	11	0	0
Beschluss 2	11	0	0
Beschluss 3	11	0	0
Beschluss 4	11	0	0
Beschluss 5	11	0	0

**TOP 8**

**1. Quartalsbericht zum Stand der städtebaulichen Planungen im Rahmen der Prioritätenliste  
Vorlage: 089/2009**

Herr Peters bemängelt die Bearbeitung der Maßnahme S. 13. Die Bürger hätten den Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes bereits im November 2003 gestellt. Für diese schleppende Bearbeitungszeit von 6 Jahren habe er kein Verständnis. Gleiches gelte für die planerische Steuerung der Promenaden und die Terminierung für die Regionale 2016. Diese Maßnahmen seien wichtig und sollen Coesfeld nach vorne bringen.

In der Diskussion verweist Herr Backes auf die Personalsituation im zuständigen Fachbereich. Mit dem vorhandenen Personal können nur beschränkt Aufgaben erledigt werden. Die Prioritäten lagen einvernehmlich auf der Bauleitplanung für das Kasernengelände mit der dazugehörigen Flächennutzungsplanänderung sowie die Bevorzugung von Planverfahren zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Coesfeld. Zur Vorbereitung der Regionale 2016 wurde in der letzten Sitzung der Fahrplan vorgestellt. Derzeit laufe noch die überregionale Phase, Herr Öhmann sei in den Gremien vertreten. Die Geschäftsstelle sei erst ab Sommer besetzt. Da es aktuell keine Bearbeitung bei der Kaserne gebe, habe der Mitarbeiter im Übrigen mit den Arbeiten für die Maßnahme S 13 begonnen.

Her Stallmeyer verweist für die SPD-Fraktion auf die Diskussion im Rahmen der Aufstellung der Prioritätenliste 2009. Die Maßnahme Druffels Feld wurde auf S. 13 vorgezogen. Er habe Verständnis für die Bürger, allerdings warte die Maßnahme S. 17 noch länger auf eine Bearbeitung. Auch müsse berücksichtigt werden, dass die Politik den Stellplan erheblich reduziert habe und die Stelle des Fachbereichsleiters seit Januar nicht besetzt sei. Jetzt müsse man auch den Mut haben, im nächsten Haushalt für die Dauer von zwei Jahren finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen oder externe Büros zu beauftragen.

**TOP 9 Realisierungsstand der Maßnahmen zum 1. Quartal 2009  
Vorlage: 095/2009**

Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Diskussion zur Kenntnis.

**TOP 10 Antrag der FDP-Fraktion: Anbindung der Beguinenstraße an  
Bernhard-von-Galen-Straße / Münsterstraße  
Vorlage: 096/2009**

Herr Senger erläutert den Antrag. Seine Fraktion ist der Auffassung, dass trotz der Stellungnahme der Polizei Maßnahmen erforderlich seien.

Nach kurzer Diskussion lässt der Ausschussvorsitzende über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen.

**Beschlussvorschlag (entsprechend des Antrages der FDP-Fraktion):**

Die Verwaltung möge die Anbindung der Beguinenstraße an die Bernhard-von-Galen-Straße / Münsterstraße überprüfen und geeignete Maßnahmen ergreifen, um den folgenden Missetand abzustellen:

Wiederholt kommt es zu gefährlichen Begegnungen mit Radfahrern, die aus der Beguinenstraße in die Bernhard-von-Galen-Straße einbiegen bzw. in den Einmündungsbereich von Bernhard-von-Galen-Straße und Münsterstraße fahren. Viele dieser Radfahrer behalten ihre relativ hohe Geschwindigkeit bei bzw. erhöhen sie angesichts einer grün geschalteten Ampel, ohne dabei auf kreuzende Fußgänger und Radfahrer zu achten, die den Fußweg der Bernhard-von-Galen-Straße benutzen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
	0	11	0

TOP 11

**Antrag der freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e.V. zur Ersatzbeschaffung eines Kinderspielgerätes auf dem Kinderspielplatz Schürmann's Hof / Sportzentrum Süd**  
Vorlage: 102/2009

Herr Peters erläutert für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. den Antrag. Seine Fraktion sei der Auffassung, dass der Haushalt sicherlich noch freie Mittel zur Verfügung stellen könne. Es sei auch machbar, 20.000 € für die Verschiebung der Kommunalwahl zu finanzieren. In der Diskussion weist Frau Leimkühler-Bauland für die CDU-Fraktion darauf hin, dass Herr Dickmanns bereits am 19.11.2008 über die Beschädigung des Spielgerätes berichtet habe. Ein Vorschlag der Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. für eine Ersatzbeschaffung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen sei nicht erfolgt. Herr Stallmeyer ist für die SPD-Fraktion der Auffassung, dass eine Ersatzbeschaffung irgendwie realisiert werden sollte. Ggf. könne man mit Lieferanten Zahlungsziele vereinbaren. Er regt an, zukünftig im Haushalt Gelder für Ersatzbeschaffungen durch Vandalismus vorzusehen. Frau Walfort ergänzt, Sponsoren anzusprechen oder auch ein kostengünstigeres Gerät zu beschaffen.

Nach weiterer Diskussion lässt Herr Frieling über den Antrag der Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. abstimmen.

**Beschlussvorschlag der freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e.V.:**

Die Fraktion Pro Coesfeld beantragt, das durch Vandalismus beschädigte Kinderspielgerät auf dem Kinderspielplatz Hof Schürmann umgehend zu ersetzen und hier noch im Jahr 2009 eine Ersatzbeschaffung vorzunehmen.

Die von der Verwaltung ermittelten Kosten in Höhe von rd. 18.000 € sind an anderer Stelle im Budget 70 – Bauen und Umwelt – einzusparen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	7	4	0

Eine Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung erfolgt nicht.

TOP 12

**Anfragen**

Herr Cramer erinnert an die Zusage von Herrn Manteuffel, dem Ausschuss eine Liste über Ausgleichsflächen mit genauen Größenangaben vorzulegen.

Antwort der Verwaltung:

*Die Beantwortung durch Herrn Manteuffel erfolgte bereits in der Sitzung vom 02.11.2006 mit folgendem Wortlaut:*

*„Die Verwaltung teilt mit, dass bei der Stadt ein derartiges Kataster nicht geführt werde. Zuständige Fachbehörde sei die Untere Landschaftsbehörde des Kreises Coesfeld. Ob dort ein solches Verzeichnis geführt werde, sei nicht bekannt.“*

*Auf eine weitere Frage in diesem Zusammenhang, ob ein Gesamtkonzept über mögliche Ausgleichsflächen erstellt werden könne, antwortete Herr Manteuffel, „dass zurzeit Ausgleichsflächen verstärkt entlang der Berkel angelegt werden.“*

Herr Stallmeyer fragt, warum der Kronenrückschnitt der Platane vor Kiffmeyer noch nicht erfolgt sei. Die Wurzel wurde vor ca. 14 Tagen freigelegt und beschnitten.

Herr Dickmanns teilt mit, dass die Wurzel länger offen gelegen habe, um einen Spezialisten hinzuzuziehen. Angaben über den Kronenrückschnitt erfolgen im Protokoll oder in der nächsten Sitzung.

Antwort der Verwaltung:

*Der Kronenrückschnitt erfolgte durch ein Fachunternehmen Ende April. Die Krone wurde um ca. 15 % eingekürzt.*

Weiterhin erkundigt sich Herr Stallmeyer nach dem Verbleib des Holzes des gefälltten Baumes aus dem Park und den ggf. erzielten Erlösen.

Herr Dickmanns teilt mit, dass das Holz in der Regel auf dem Bauhof gelagert werde und dort eine entsprechende Liste geführt werde. Interessenten können sich melden und das Holz für 20 €/je Festmeter erwerben. Der Erlös werde entsprechend als Einnahme verbucht. Einzelheiten werden dem Protokoll beigelegt.

Antwort der Verwaltung:

*Das Stammholz der gefälltten Buche aus dem ULF-Park, insgesamt 10,3 lfd. m, wurde als Kaminholz zu je 20,00 €/Festmeter verkauft.*

Herr Stallmeyer fragt nach dem Stand der Verhandlungen mit der Kreisjägerschaft über den Erwerb der Schießanlage der Kaserne.

Herr Backes teilt mit, dass mehrere Ortstermine stattgefunden haben. Planerisch berücksichtigt sei der Erhalt einer Schießanlage.

Herr Stallmeyer erinnert an die Gespräche mit den Vereinen über einen Abbau der Schaukästen gegenüber dem Kunstverein.

Herr Backes verweist auf die Personalsituation im Fachbereich 60. Gespräche können zurzeit nicht geführt werden.

Herr Stallmeyer erkundigt sich nach dem Verbleib der Geräte der Scateranlage Lette und fragt nach dem Wiederaufbau.

Herr Dickmanns teilt mit, dass der Fachbereich 51 zuständig sei. Einige Geräte würden zurzeit repariert. Eine detaillierte Antwort werde im Protokoll gegeben.

Antwort der Verwaltung:

*Die Reparaturarbeiten erfolgen unentgeltlich durch die Kreishandwerkerschaft gegen Erstattung der Materialkosten. Die Arbeiten sind voraussichtlich Ende Mai abgeschlossen. Anschließend werden die Geräte wieder aufgestellt.*

Herr Stallmeyer fragt, wann der Kreis Coesfeld die Missstände an den Fahrbahnmarkierungen auf Kreisstraßen beseitigen wird.

Herr Dickmanns wird die Angelegenheit mit Herrn Mühlenkamp vom Fachbereich 30 besprechen. Die Beantwortung der Frage erfolgt ebenfalls im Protokoll.

Antwort der Verwaltung:

*Der Kreis Coesfeld wird die Arbeiten in der 22./23. KW durchführen.*

Frau Ahrendt-Prinz fragt, ob für den gefälltten Baum im Park eine Ersatzanpflanzung vorgenommen werde.

Herr Dickmanns teilt mit, dass sicherlich ein jüngerer Baum im Herbst gepflanzt werde.

Herr Büker weist darauf hin, dass im Rahmen der Coesfelder Automeile aufgefallen sei, dass die Feuerwehr bei derartigen Großveranstaltungen den St.-Katharinenstift mit großen Einsatzfahrzeugen nicht anfahren könne.

Herr Backes teilt mit, dass die Aufstellpläne auf die Belange der Feuerwehr abgestimmt seien und die Umsetzung durch den Fachbereich 30 kontrolliert werde. Von Problemen sei ihm nichts bekannt.

Norbert Frieling  
Vorsitzender

Eike Schwering  
Schriftführerin